

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 167/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 01.12.2025

Betreff: Jetzt Richtung Zukunft: Mit Reformkraft aus der Budgetkrise

Sehr geehrter Herr Präsident,

Österreich wie Vorarlberg stehen an einem Wendepunkt. Das Budgetdefizit fällt höher aus als prognostiziert und verlangt nach entschlossenem Handeln. Jetzt entscheidet sich, ob dieser Moment zum Startpunkt echter Reformpolitik wird oder ob er erneut im politischen Klein-Klein verpufft.

Vor fünf Monaten haben Bund, Länder und Gemeinden eine Reformpartnerschaft geschlossen. Dieses Instrument verlangt ausdrücklich mehr als kosmetische Korrekturen. Es fordert strukturelle Einschnitte, wirksame Sparmaßnahmen und einen nachhaltigen, generationengerechten Pfad aus der Schuldenkrise. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten gezeigt, dass mutige Schritte möglich sind: Beamtengehälter wurden neu verhandelt, die Pensionsanpassung wurde unter der Inflationsrate festgelegt. Die Bildungskarenz wurde abgeschafft und das Gratis-Klimaticket für 18-Jährige zurückgenommen. In Summe wurden rund sieben Milliarden Euro konsolidiert. Das beweist, dass klare Entscheidungen Wirkung entfalten. In den Ländern hingegen lässt der Reformwille weiterhin auf sich warten.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Mehr als 90 Prozent der aktuellen Konsolidierungsschritte stammen vom Bund. Gleichzeitig entsteht ein überproportionaler Teil des Defizits dort, wo seit Jahren über die Verhältnisse gelebt wird, nämlich in den Länderhaushalten. Die kolportierte Neuverschuldung von 1,6 Prozent des BIP für Länder und Gemeinden ist ein historisches Hoch. Vorarlberg ist Spitzenreiter bei den Gemeindeschulden,¹ und auch der Landeshaushalt entwickelt sich prekär: Von 450 Millionen Euro im Jahr 2024 auf 850 Millionen Euro Schulden im Jahr 2026.²

Damit muss Schluss sein. Die Politik nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ ist bequem, aber ökonomisch nicht länger haltbar. Das gilt für den Bund ebenso wie für Länder und Gemeinden. Der Bund hat geliefert. Jetzt sind die Länder gefordert, ihre langen aufgeschobenen Reformen endlich anzugehen. Einsparungspotenziale gibt es genug. Sie können ohne Leistungsabbau realisiert werden, durch mehr Transparenz, eine modernisierte Verwaltung und eine Entflechtung ineffizienter föderaler Strukturen. Wer jetzt die Ausgabenbremse zieht, schafft Spielräume für Entlastung und für einen unabdingbaren Schuldenabbau. Reformen sind kein Selbstzweck, sondern der Weg, unser Land so aufzustellen, dass unsere Kinder

¹ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3324251/>

² <https://www.derstandard.at/story/3100000292205/vorarlberg-verschuldet-sich-2026-erneut-um-weitere-200-millionen-euro>

Chancen vorfinden und nicht Schulden. Es ist Zeit, dieser politischen Verantwortung nicht länger auszuweichen. Die Reformpartnerschaft ist ein wichtiges Werkzeug und in der Landeshauptleute-Konferenz wurden die ersten Schritte in die richtige Richtung gesetzt. Diesen Wendepunkt gilt es nun für echte Reformen zu nützen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung - insbesondere der Landeshauptmann - wird aufgefordert, sich vollumfassend zur 'Reformpartnerschaft Österreich' zu bekennen und

- 1. die damit einhergehende Verantwortung zu übernehmen und Reformschritte aktiv aufzugreifen und umzusetzen, sowie**
- 2. dem Landtag regelmäßig über den Fortschritt zu berichten und klar darzulegen, welche Schritte zur Konsolidierung und Modernisierung der Landesstrukturen gesetzt wurden.“**

LABg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LABg. Fabienne Lackner

LABg. Mag. Katharina Fuchs

Der XXXII. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2026, am 4. Februar, den Selbstständigen Antrag, Beilage 167/2025, mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion mehrheitlich abgelehnt (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).